

Eingangsvermerke



Antrag auf
 Neuerteilung
 im normalen Verfahren
 im vereinfachten Verfahren*)
 Erweiterung
einer Erlaubnis nach § 34h Abs. 1
Gewerbeordnung (GewO)

1. Angaben zur Person und ggf. Firma

(Bei Personengesellschaften – zum Beispiel OHG – ist für jeden geschäftsführungsbefugten Gesellschafter ein eigener Erlaubnisantrag auszufüllen. Bei juristischen Personen sind die Angaben für jeden Vertretungsberechtigten zu machen und die erforderlichen Unterlagen zu erbringen.)

Name, ggf. Geburtsname		Vorname(n)	
Geburtsdatum	Geburtsort (Gemeinde / Kreis / Land)		
Familienstand <input type="checkbox"/> ledig <input type="checkbox"/> verheiratet <input type="checkbox"/> verwitwet <input type="checkbox"/> geschieden <input type="checkbox"/> eingetragene Lebenspartnerschaft			
Anschrift (Straße, Haus-Nr., PLZ, Ort)			
Telefon	Telefax (die Angabe ist freiwillig)	E-Mail (die Angabe ist freiwillig)	
Staatsangehörigkeit			
ggf. Dauer der für die Tätigkeit erforderlichen Aufenthaltsgenehmigung und erteilende Behörde			
Aufenthaltort in den letzten 5 Jahren:			
von	bis	Aufenthaltort (Straße, Haus-Nr., PLZ, Ort)	
_____	_____	_____	
_____	_____	_____	
_____	_____	_____	
_____	_____	_____	
Ausübung einer beruflichen Tätigkeit als Geschäftsführer einer GmbH, als persönlich haftender Gesellschafter einer OHG oder KG oder als Inhaber eines Einzelhandelsunternehmens in den letzten 5 Jahren			
<input type="checkbox"/> Nein		<input type="checkbox"/> Ja	
Firmenbezeichnung und Betriebsstättenanschrift			
Bezeichnung der juristischen Person			IHK-Ident-Nr.
Eintragung im Handels-/Genossenschaftsregister	Behörde	Nr. der Eintragung	
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja		

*) Die mit * gekennzeichneten Felder / Rubriken werden im vereinfachten Verfahren nicht benötigt.

2. Anhängige Verfahren *

2.1 Anhängige Strafverfahren

<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja	Justizbehörde	Aktenzeichen
-------------------------------	-----------------------------	---------------	--------------

2.2 Anhängige Bußgeldverfahren wegen Verstößen bei einer gewerblichen Tätigkeit

<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja	Behörde	Aktenzeichen
-------------------------------	-----------------------------	---------	--------------

2.3 Anhängiges Gewerbeuntersagungsverfahren nach § 35 Gewerbeordnung oder anhängige Verfahren wegen Rücknahme oder Widerruf einer Gewerbeerlaubnis

<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja	Behörde	Aktenzeichen
-------------------------------	-----------------------------	---------	--------------

3. Angaben zu den Vermögensverhältnissen *

Ist über das Vermögen des/der Antragstellers/in ein Insolvenzverfahren eröffnet	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
oder die Eröffnung mangels Masse abgelehnt worden?	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Hat der/die Antragsteller/in eine eidesstattliche Versicherung abgegeben	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
oder liegt eine entsprechende Haftanordnung vor?	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

4. Angaben zum Betrieb

Anschrift der Betriebsstätte (Straße, Haus-Nr., PLZ, Ort)		
Name, Vorname(n) des Betriebsleiters		
Anschrift des Betriebsleiters		
Telefon	Telefax (die Angabe ist freiwillig)	E-Mail (die Angabe ist freiwillig)
Anschriften der (beabsichtigten) (Zweig-)Niederlassungen		

Für folgende Anlageberatungen wird die Erlaubnis beantragt:

- alle Tätigkeiten nach § 34f Abs. 1 GewO
- lediglich für
- Anteile oder Aktien an inländischen offenen Investmentvermögen, offenen EU-Investmentvermögen oder ausländischen offenen Investmentvermögen, die nach dem Kapitalanlagegesetzbuch vertrieben werden dürfen (§ 34f Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 GewO)
 - Anteile oder Aktien an inländischen geschlossenen Investmentvermögen, geschlossenen EU-Investmentvermögen oder ausländischen geschlossenen Investmentvermögen, die nach dem Kapitalanlagegesetzbuch vertrieben werden dürfen (§ 34f Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 GewO)
 - Vermögensanlagen im Sinne des § 1 Abs. 2 des Vermögensanlagengesetzes (§ 34f Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 GewO)

Haben Sie bereits bei einer anderen Behörde einen Antrag auf Erlaubnis nach § 34h Abs. 1 GewO gestellt?

nein ja

Sind Sie im Besitz einer anderen gewerblichen Erlaubnis, insbesondere einer Erlaubnis nach § 34c, § 34d, § 34f und § 34i GewO oder haben Sie eine solche Erlaubnis beantragt?

<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> ja	bei
		Ausstellungsdatum
		Aktenzeichen

5. Erforderliche Unterlagen

5.1 für die Prüfung der Zuverlässigkeit *

5.1.1 Führungszeugnis (zur Vorlage bei einer Behörde = Belegart 0) ¹⁾

für

- alle nach Gesetz, Satzung oder Gesellschaftsvertrag vertretungsberechtigten Personen (Geschäftsführer, Vorstand) und, soweit vorhanden,
- den/die Betriebsleiter/in oder den/die mit der Leitung einer Zweigniederlassung Beauftragten

beantragt (beim zuständigen Einwohnermeldeamt) beigelegt

5.1.2 Auskunft aus dem Gewerbezentralregister (zur Vorlage bei einer Behörde = Belegart 0) ²⁾

für

- alle nach Gesetz, Satzung oder Gesellschaftsvertrag vertretungsberechtigten Personen (Geschäftsführer, Vorstand) und, soweit vorhanden,
- den/die Betriebsleiter/in oder den/die mit der Leitung einer Zweigniederlassung Beauftragten sowie
- die juristische Person selbst

beantragt (bei dem für den Wohnsitz / Sitz der Niederlassung zuständigen Gemeindevorstand) beigelegt

5.1.3 Auskunft des Amtsgerichts über Einträge im Schuldnerverzeichnis (für die Zeit bis zum 31.12.2012)

wird nachgereicht beigelegt

5.1.4 Auskunft aus dem elektronischen Vollstreckungsportal (ab 01. 01. 2013)

wird nachgereicht beigelegt

5.1.5 Bescheinigung in Steuersachen³⁾

für

- alle nach Gesetz, Satzung oder Gesellschaftsvertrag vertretungsberechtigten Personen (Geschäftsführer, Vorstand) und, soweit vorhanden,
- den/die Betriebsleiter/in oder den/die mit der Leitung einer Zweigniederlassung Beauftragten sowie
- die juristische Person selbst

wird nachgereicht beigelegt

5.1.6

entsprechende Nachweise, die von den zuständigen Behörden des Niederlassungsstaates ausgestellt wurden und belegen, dass der Antragsteller zuverlässig ist **oder**

5.1.7

eidesstattliche Erklärung des Antragstellers oder vergleichbare Handlung nach dem Recht des Niederlassungsstaates

1) Hinweis: Die Auskunft/Auskünfte ist/sind bei der jeweiligen Wohnsitzgemeinde zur Vorlage bei einer Behörde zu beantragen, d. h. sie wird/werden direkt übersandt. Es ist unerlässlich, dass Sie bei der Beantragung die genaue Anschrift der zuständigen Erlaubnisbehörde sowie den Verwendungszweck „Antrag auf Erlaubnis nach § 34f Abs. 1 Satz 1 GewO“ angeben. Die Auskunft/Auskünfte darf/dürfen nicht älter als drei Monate sein.

2) Hinweis: Die Auskunft/Auskünfte für ist/sind bei der Wohnsitzgemeinde zur Vorlage bei einer Behörde zu beantragen, d. h. sie wird/werden direkt übersandt. Die Auskunft aus dem Gewerbezentralregister für die juristische Person ist bei der Wohnsitzgemeinde einer gesetzlich vertretungsberechtigten Person ebenfalls zur Vorlage bei einer Behörde zu beantragen. Auf den Firmensitz kommt es hierbei nicht an. Bei der Beantragung ist eine Kopie des Handelsregisterauszugs für die juristische Person vorzulegen. Es ist unerlässlich, dass Sie bei der Beantragung die genaue Anschrift zuständigen Erlaubnisbehörde sowie den Verwendungszweck „Antrag auf Erlaubnis nach § 34f Abs. 1 Satz 1 GewO“ angeben.

3) Hinweis: Die Bescheinigung darf nicht älter als drei Monate sein und ist im Original vorzulegen.

5.2 Bescheinigung über das Bestehen einer Berufshaftpflichtversicherung nach § 34f Abs. 2 Nr. 3 GewO, §§ 9 ff. Finanzanlagenvermittlungsverordnung (FinVermV)

wird nachgereicht beigelegt

5.3 Auszug aus dem Handels- und Genossenschaftsregister *

wird nachgereicht beigelegt

5.4 Sachkundenachweis für Finanzanlagenvermittler durch Vorlage⁴⁾ *

- der Bescheinigung / eines geeigneten Nachweises
- der erfolgreich abgelegten Sachkundeprüfung oder
- einer gleichgestellten Berufsqualifikation gemäß § 4 FinVermV oder
- des Antrags auf Anerkennung eines ausländischen Befähigungs- und Ausbildungsnachweises nach § 13c GewO

wird nachgereicht beigelegt

5.5 Erlaubnisurkunde nach § 34f Abs. 1 GewO

wird nachgereicht beigelegt

Datenschutzrechtlicher Hinweis:

Die erfragten personenbezogenen Daten werden zur weiteren Bearbeitung dieses Antrags benötigt. Ihre Erhebung erfolgt nach den maßgeblichen Vorschriften der EU-Datenschutzgrundverordnung, des Bundesdatenschutzgesetzes, der landesrechtlichen Datenschutzvorschriften und der GewO.

Die Richtigkeit der vorstehenden Angaben wird hiermit versichert.

Ort, Datum

Unterschrift

4) Hinweis: Der Sachkundenachweis ist grundsätzlich für alle nach Gesetz, Satzung oder Gesellschaftsvertrag vertretungsberechtigten Personen vorzulegen. Soweit Berufserfahrung zu belegen ist, reichen Sie bitte die Nachweise in Kopie ein.